

Wir erinnern:

Am 1. September 1939 wurde Polen Opfer eines Überfalls durch die faschistische deutsche Armee. Damit begann ein beispielloser Aggressionskrieg, dessen letztlich einziges Ziel die Unterwerfung der Nachbarstaaten unter das nationalsozialistische Regime war. Ihm vorausgegangen war die Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933, in deren Folge standen die Zerschlagung der Gewerkschaften, die Verbote sozialistischer und kommunistischer Vereinigungen, die Vernichtung jüdischen Lebens und des jüdischen Anteils an der gemeinsamen Kultur in Deutschland.

Diskriminierung und Verfolgung andersdenkender und sexuell andersorientierter Menschen wurden Bestandteile nationalsozialistischer Verfolgung, Krieg wurde propagandistisch und militärisch vorbereitet.

Nach der Befreiung Europas und damit dem Ende des Krieges war Europa ein Trümmerfeld, 60 Millionen Menschen waren Opfer der nationalsozialistischen Aggression geworden, über 6 Millionen Menschen, die meisten von ihnen Juden, wurden in Vernichtungslagern ermordet. Die Wehrmacht hinterließ in Europa eine Spur der Verwüstung. Allein in der damaligen Sowjetunion gab es 20 Millionen Tote. Der 1. September wird international als Gedenktag zur Erinnerung und Mahnung begangen. So auch bei uns. Wir wollen der Opfer gedenken und aus der Geschichte lernen. Angesichts des von deutschem Boden ausgegangenen Leids heißt die höchste politische Zielsetzung für uns immer noch:

Nie wieder Faschismus!

Den Antikriegstag unterstützen: Attac-Regionalgruppe Kassel, Block War, DFG-VK Kassel, DGB Kreisverband Kassel, DIE LINKE.Kassel, DPG-Kassel, DKP Kassel, GEW Kassel-Stadt, Internationalistisches Bündnis, Kasseler Friedensforum, MLPD, Naturfreunde Kassel, Pax Christi- Internationale katholische Friedensbewegung, Seebrücke Kassel, SDAJ-Kassel, VVN-BdA

Aus der Geschichte lernen: Abrüstung statt Aufrüstung!

Wir wenden uns entschieden gegen die Aufrüstungsvorhaben der Bundesregierung und die ihnen zugrunde liegenden Nato-Forderungen, die eine jährliche Erhöhung des Militäretats vorsehen. Bundeskanzlerin Merkel hat der US-Regierung pro Jahr eine Steigerung von 1,5% bis zum Jahr 2024 zugesagt. Damit würde ein Niveau erreicht werden, das im Jahr 2024 rund 18 Mrd. Euro höher ist als die diesjährigen Militärausgaben von 38,95 Milliarden Euro. Dies wäre eine Steigerung von 46%. Dabei benötigen wir dringend mehr Geld für Bildung, Alter, Gesundheit, Klimaschutz und internationale Hilfe zur Selbsthilfe.

Höhere Militärausgaben bringen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit: Sie heizen die weltweite Aufrüstung weiter an und führen zu einer Verschärfung von Spannungen und zu Kriegen.

Darum ist es jetzt besonders wichtig, dass eine tatsächliche Entspannungspolitik zur Entschärfung von Konflikten, auch mit Russland, auf den Weg gebracht wird.

Weltweit sind nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen fast 70 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Armut und Umweltkatastrophen.

Dringend notwendig wären: Die Beseitigung von Fluchtursachen, legale, sichere Fluchtwege und die Integration der Geflüchteten bei uns durch soziale Gerechtigkeit für alle Menschen im Land.

Nie wieder Krieg!